

## **Mindestlohn kurbelt Konjunktur an**

**Das Arbeitsförderungsinsitut AFI hat sich am Freitag bei einer ganztägigen Tagung mit dem Thema "Mindestlohn und Mindestsicherung" auseinandergesetzt. Fazit: Hochkarätige Wissenschaftler aus Deutschland oder Italien, aber auch heimische Fachleute sind sich einig: Ein gesetzlicher Mindestlohn wäre von Vorteil.**



Ein gesetzlicher Mindestlohn würde allen helfen. - Foto: shutterstock

Der deutsche Wirtschaftswissenschaftler Reinhard Bispinck gab sich davon überzeugt, dass ein gesetzlicher Mindestlohn "ein Vorteil für alle" wäre. Überall in Europa setzten Staaten im Kampf gegen größer werdende Billiglohnsektoren darauf. Selbst Unternehmer würden einsehen, dass das Instrument des Mindestlohnes die Konjunktur ankurbeln.

Auch in Deutschland würde er jetzt eingeführt. "Innerhalb der EU verfügen derzeit 21 von 28 Staaten über ein universelles Mindestlohnreg ime mit einem allgemeingültigen nationalen Mindestlohnsatz. In sieben EU-Staaten existieren hingegen lediglich sektorale Mindestlohnsysteme", sagte Bispinck.

Das in Südtirol seit Jahrzehnten geltende system der finanziellen Soforthilfe sei nicht auf einzelne kategorien zugeschnitten und gleiche in mehrlei Hinsicht den Modellen in Österreich oder deutschland, erläuterte Luca Critelli Direktor der Landesabteilung Sozialwesen.

Das Südtiroler Modell arbeite auf zwei Ebenen: einmal mit dem Instrument des sozialen Mindesteinkommens. Und zum zweiten mit Beiträgen für Miete und Wohnungsnebenkosten. "Die Leistungen sind dem tatsächlichen Bedarf bemessen", sagt Critelli, der aber gleichzeitig anmerkt, dass bisweilen auch der Eindruck einer "Ausnutzung" entstehen kann.

## **Auch Jean-Claude Juncker für Mindestlöhne**

Übrigens: Auch der Kandidat der EVP für das Amt des Kommissionspräsidenten, Jean-Claude Juncker, hat sich im EU-Wahlkampf mehrfach für einen gesetzlichen Mindestlohn in allen EU-Ländern ausgesprochen. Im Interview mit der Tageszeitung "Dolomiten" hatte Juncker gemeint:

"Ich plädiere für gewisse soziale Mindestsockel in Europa. Das bedeutet das Prinzip eines Mindestlohns und eines Mindesteinkommens überall in der EU, wobei dessen Höhe dem jeweiligen Nationalstaat überlassen bleiben muss, entsprechend seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit."